

Bern, 24. Februar 1987 AS/Sst

An die Redaktionen der  
Deutschschweizer und der  
rätoromanischen Medien

Sehr geehrte Damen und Herren

Nach der vernichtenden Nein-Parole der FDP zum Rüstungsreferendum stehen die Fronten gegen diesen schlecht getarnten Angriff auf unsere Landesverteidigung fest. Den linksextremen Initianten steht geschlossen eine bürgerliche Front gegenüber, die auch noch auf zahlreiche Ueberläufer aus dem linken Lager zählen kann. Von einem dieser Ueberläufer handelt einer der heutigen Artikel, die wir Ihnen wiederum zur freien Verwendung anbieten:

- Selbst einer der Initianten distanziert sich!  
Felicien Morel, freiburgischer Regierungspräsident, kam unfreiwillig auf die Liste der Unterzeichner des Rüstungsreferendums...
- Rüstungsreferendum ein getarntes Manöver gegen unsere Landesverteidigung  
Von SVP-Nationalrat Hans Uhlmann, Bonau (TG)
- Nein zum Rüstungsreferendum  
Von CVP-Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Kirchberg (SG)

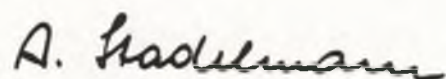
Selbstverständlich stehen Ihnen diese Artikel wiederum zur freien Verfügung. Gleichzeitig möchten wir Sie im Sinne einer Voranzeige zu einer

**PRESSEKONFERENZ AM 23. FEBRUAR, 10.30 UHR IN BERN** einladen.

Eine spezielle Einladung erfolgt in einem der nächsten Pressedienste.

In dem wir Ihnen für Ihre wertvolle Mitarbeit bei der politischen Informationsarbeit bestens danken, verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Presseausschuss



Anton Stadelmann

Beilagen erwähnt

Rüstungsreferendum:

**Selbst einer der Initianten distanziert sich!**

Der ehemalige SP-Nationalrat und heutige Freiburger Saatsrat Felicien Morel figuriert als einer der Erstunterzeichner der SP-Initiative "für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)". Das erstaunt alle, die den senkrechten Freiburger Sozialdemokraten kennen. Und das zu recht.

Morel war 1979, als ein Parteitag der Sozialdemokraten diese Initiative beschloss, Mitglied der Geschäftsleitung und des SP-Zentralvorstandes. Als verantwortliches Initiativkomitee und damit als Erstunterzeichner des Rüstungsreferendums wurde die SP-Parteileitung bestimmt. So kam Morels Namen auf die Unterschriftenbögen, ohne dass man ihn deswegen noch einmal angefragt hätte, weiss Felicien Morel zu berichten.

Dabei sei schon damals bekannt gewesen, dass er einem solchen Volksbegehren immer kritisch und skeptisch gegenübergestanden habe. Bereits eine Woche nach dem Parteitag habe er als Sekretär der PTT-Union, in deren offiziellem Organ "L'Union", vor den Gefahren eines teilweisen Finanzreferendums gewarnt. Dabei sei es ihm vorallem um die Sozialausgaben gegangen.

Obwohl er sich als freiburgerischer Regierungspräsident nicht gut gegen das Rüstungsreferendum engagieren könne, stehe er dazu, dass er dieses klar ablehne, meint Morel zur Abstimmung vom 5. April. Einen Schaden sieht er zwar nicht darin, dass das Schweizervolk sich in einer Volksabstimmung zu den Militärausgaben äussern könne. Er vertraue hier auf das gesunde Urteilsvermögen des Schweizervolkes, das ohne Zweifel dem Rüstungsreferendum eine klare Absage erteilen werde. (RG/AS)

Bern, 24. Februar 1987

**Das Rüstungsreferendum der SPS: Ein getarntes Manöver gegen unsere Landesverteidigung  
und die bewaffnete Neutralität!**

---

von Nationalrat Hans Uhlmann, Bonau/TG

Am 5. April hat das Schweizervolk zu entscheiden, ob künftig Kreditbegehren zur Beschaffung von Armeematerial, für militärische Bauten und Anlagen oder für Forschungs- und Entwicklungsprogramme des Eidgenössischen Militärdepartements einer Volksabstimmung zu unterbreiten sind, wenn dies 50'000 Stimmberechtigte oder acht Kantone verlangen. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat diese Initiative allerdings nur mit Hilfe linksextremistischer Kreise zustande gebracht.

Es liegt auf der Hand, dass es den Initianten nicht um mehr Volksrechte geht, wie sie immer und immer wieder behaupten. Mit dem Deckmäntelchen "mehr Demokratie" sollen ausgerechnet nur Militärausgaben dem Referendum unterstellt werden. Wenn es den Initianten tatsächlich um mehr Demokratie gehen würde, hätten sie auch die Ausgaben für Soziales, Bildung, Aussenpolitik, Entwicklungshilfe usw. in ihr Referendum miteinbeziehen müssen. Was mit dieser Volksinitiative als mehr oder als bessere Demokratie verkauft werden will, erweist sich doch bei näherem Betrachten als gezielter Schlag gegen unsere Milizarmee und ihre dringendsten Ausrüstungsbedürfnisse.

**Geheimhaltung gefährdet**

Sollte der Stimmbürger über eine Vorlage zu befinden haben, so wäre eine offene Information über die zur Abstimmung gelangenden Waffensysteme oder Festungsbauten unumgänglich.

Dies ist aus Gründen der Geheimhaltung im Zusammenhang mit militärischen Vorlagen sehr problematisch. Sollen wir beispielsweise jedermann wissen lassen, wieviele Lenkwaffen wir anschaffen, wo und wie unsere Festungsanlagen gebaut werden oder wieviel Munition produziert wird. Bei einer offenen Information hätte auch das Ausland zu jeder Vorlage Zugang. Das kann doch nicht im Ernst der Wille verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger sein.

#### Konzepte können in Frage stehen

Rüstungsprogramme stehen über Jahre hinweg in einem inneren Zusammenhang. Jede Beschaffung von Material ist Teil eines durchdachten Konzeptes. Mit dem Referendum wird dieser Zusammenhang gebrochen. Damit würde das Risiko stark erhöht, dass einerseits die vorgesehene, verbundene Wirkung der einzelnen Waffensysteme nicht voll zum Tragen kommen könnte und andererseits die Beschaffung in Serien gefährdet würde.

#### Vermehrte Auslandabhängigkeit

Das Rüstungsreferendum würde unsere Rüstungsbeschaffung weiter verzögern. Durch die zwangsläufige Unsicherheit könnte unsere Industrie kaum mehr im bisherigen Masse bei der Entwicklung und Forschung mithalten. Zwangsläufig müssten wir vermehrt unsere Bedürfnisse auf dem Rüstungssektor auf dem ausländischen Markt befriedigen. Viele Arbeitsplätze im eigenen Land könnten gefährdet werden. Es ist unverständlich, dass gerade die Sozialdemokratische Partei die Arbeitsplätze ihrer eigenen Leute aufs Spiel setzen will.

#### Staats- und sicherheitspolitisch nicht zu verantworten

Diese Volksinitiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben ist aus staatspolitischer Sicht unhaltbar und sicherheitspolitisch nicht zu verantworten. Die Panzerbeschaffung des Leo II hat deutlich gezeigt, dass das Parlament seine Aufgabe ernst nimmt und auch in der Lage ist, alle nötigen Kontrollen sicherzustellen und preisgünstig einzukaufen. Das verlangte Rüstungsreferendum eignet sich als permanente Agitation gegen eine der Bedrohung angemessene Bewaffnung und Ausrüstung unserer Milizarmee.

Wer zu unserer Armee steht, die nicht mehr als unsere Freiheit und unser Land zu verteidigen hat, darf sich von den Sprüchen über angebliche Demokratisierung nicht blenden lassen. Legen Sie wie ich am 5. April ein klares Nein in die Urne.

## Nein zum Rüstungsreferendum

Von CVP-Ständerat Dr. Jakob Schönenberger, Kirchberg SG

Unsere Landesverteidigung basiert auf dem Armeeleitbild, das die Einsatzkonzeption unserer Armee, ihre Organisation, ihre Ausrüstung und Ausbildung in Beachtung des mutmasslichen Umwelt- und Bedrohungsbildes umschreibt. Dieses Armeeleitbild wird in sogenannten Ausbausritten über Jahre hinweg verwirklicht. Damit ist Gewähr dafür geboten, dass die Ausrüstung unserer Armee in Abstimmung auf die verschiedenen Waffengattungen beschafft und erneuert wird. Diese Beschaffung erstreckt sich über viele Jahre, weshalb es wesentlich ist, dass sie kontinuierlich und störungsfrei vor sich gehen kann.

Ich stelle diese wenigen Gedanken zu unserer Sicherheitspolitik ganz bewusst an den Anfang meiner Ausführungen, weil es mit dem Rüstungsreferendum, das dem Volk mehr Mitsprache bei Militärausgaben verspricht, letztlich um den Bestand unserer Armee geht. Wenn auch der Inhalt der Initiative und die verwendeten Begriffe nicht jene Klarheit bringen, die einer Initiative würdig wären, ist doch deren Ziel klar und eindeutig.

Die Initiative, die sich unter einem ansprechenden Deckmantel verbirgt, zielt insbesondere auf Verpflichtungskredite ab, die dem Parlament vom Bundesrat alljährlich mit der Baubotschaft einerseits und der Rüstungsbotschaft andererseits unterbreitet werden. Sie greift aber auch ein in das Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogramm der Armee, für das

alljährlich im Budget Kredite bewilligt werden müssen. Die Initiative würde die Möglichkeit schaffen, gegen eine einzige unter den jeweils vielen Positionen der Baubotschaft, der Rüstungsbotschaft oder des Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsprogrammes das Referendum zu ergreifen und damit mindestens eine grosse zeitliche Verzögerung in der Rüstung herbeizuführen. Wenn nämlich eine einzige Position der Rüstungsbotschaft angegriffen würde, würde sich auch das ganze Programm verzögern, es sei denn, das Parlament würde in Zukunft dazu übergehen, um Missbräuche möglichst auszuschalten, für jedes einzelne Vorhaben einen separaten Bundesbeschluss zu erlassen. Schon heute dauert die Beschaffung von Kriegsmaterial ausserordentlich lange. Der zeitliche Faktor würde bei einer Einführung des Referendums noch viel stärker ins Gewicht fallen. Es ist somit die Abwicklung des Rüstungsgeschäftes in Frage gestellt, Planungs- und Ausführungsarbeiten würden untertragbar erschwert. Der Abschluss günstiger Optionsverträge mit der in- und ausländischen Industrie wären kaum mehr denkbar. Insbesondere müsste aber die Verlängerung der heute schon langen Fristen zwangsläufig zu Mehrausgaben führen. Schliesslich birgt das Finanzreferendum auch ein finanzielles Risiko in sich. Die für Entwicklungsarbeiten, die Versuche und die Evaluation komplexer Waffensysteme ausgegebenen Summen könnten durch einen negativen Volksentscheid verloren sein, wenn beispielsweise der letztlich noch erforderliche Kredit nicht mehr gutgeheissen würde.

Von der Sache her ist die Initiative für ein Rüstungsreferendum nicht zu begründen, denn seit Jahrzehnten liegt die Budgethoheit bei den Eidg. Räten. Diese sind in den Fragen des jährlichen Voranschlags und der

Abnahme der Staatsrechnung allein und abschliessend zuständig. Diese Regelung hat sich bewährt. Militärauslagen werden überdies in den Militärkommissionen der Eidg. Räte besonders kritisch überprüft. Von unbesehener Zustimmung kann keine Rede sein.

Militärauslagen sind schliesslich nicht anders zu beurteilen, als alle andern Bundesauslagen. Würde schon ein Finanzreferendum ins Auge gefasst, müsste zwangsläufig ein allgemeines Finanzreferendum erwogen werden und nicht nur ein Referendum auf einem bestimmten Gebiet. Auf Bundesebene kennen wir lediglich ein Rechtsetzungsreferendum, und zwar deswegen, weil die Bundesausgaben ja weitgehend gebunden sind und ein Finanzreferendum daher nur geringe Bedeutung hätte. Ein Finanzreferendum auf Bundesebene ist auch nicht mit dem kantonalen Finanzreferendum gleichzustellen. In den Kantonen bezieht sich dieses hauptsächlich auf Bauten und Infrastrukturanlagen. Beim Bund liegen die Verhältnisse anders. So stimmen wir über die Bahn 2000 nicht wegen des erforderlichen Kredites ab, sondern weil der Bau neuer SBB-Linien dem Referendum untersteht.

Mehrfach wurde in den vergangenen Jahrzehnten versucht, das Finanzreferendum auch auf Bundesebene durchzusetzen, doch sind sämtliche diesbezüglichen Vorstösse gescheitert. Es ist auch nicht einzusehen, weshalb die Kompetenzen des Parlamentes beschnitten werden sollten.

Zweifellos bringt der Schweizer Bürger militärischen Fragen Interesse entgegen. Volksabstimmungen über Militärauslagen könnten zur Belebung der Diskussion über unsere Landesverteidigung führen, doch ist die Frage sicher berechtigt, ob der Bürger überhaupt fähig wäre, die grundsätzlichen Aspekte der Bewaffnung und Ausrüstung unserer Armee zu

erkennen und zu beurteilen, zumal ihm die notwendigen Informationen nicht zugänglich gemacht werden können. Ich erinnere nur an Befestigungsbauten, Geländeverstärkungen, Kommandoposten, Uebermittlungsanlagen usw..

Blicken wir über die letzten 25 Jahre zurück, stellen wir fest, dass die Militärauslagen sich im Vergleich zu andern Ausgabegruppen im Bund unterdurchschnittlich entwickelt haben. Aus finanzpolitischer Sicht ist daher ein Rüstungsreferendum keineswegs zu begründen. Somit müssen andere Beweggründe vorhanden sein, welche die Initianten zu ihrem Schritt veranlasst haben.

Bedenken wir, dass die Sozialdemokratische Partei 80'000 der 111'126 gültigen Unterschriften für das Finanzreferendum beschafft hat, während die restlichen 30'000 Unterschriften von linksextremen Organisationen, wie der Sozialistischen Arbeiterpartei, vormals Revolutionäre Marxistische Liga und vom Komitee für Frieden und Abrüstung, gesammelt worden sind, sieht man schnell, woher der Wind weht. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhang die Tatsache bleiben, dass der Bundesrat in seinem Bericht vom 3. Oktober 1977, angeregt durch ein Postulat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, zu den Vor- und Nachteilen eines Rüstungsreferendums Stellung genommen und ein solches aus verfassungsrechtlichen, sachlichen und wehrpolitischen Gründen abgelehnt hat. Beide Räte behandelten diesen Bericht im Jahre 1978. Der Ständerat schloss sich dabei dem Bundesrat einstimmig, der Nationalrat mit 102 : 23 Stimmen an. Trotzdem eine Volksinitiative!



Das Rüstungsreferendum ist eindeutig als Stoss gegen unsere Armee gedacht. Das ist es und das bleibt es. Da nützen weder eine schöne Sprache, noch Ausführungen über Demokratie und Mitspracherecht. Man kann das Mitspracherecht des Volkes auch soweit führen, dass die Staatstätigkeit zum Erliegen kommt. Auch in einer Demokratie müssen Entscheide gefällt und rechtzeitig gefällt werden.

Es nützt der SP wenig, wenn sie lautstark verkündet, im Grundsatz für die Armee einzutreten, sich aber trotzdem hinter das Rüstungsreferendum stellt. Wenn man für unsere Armee eintritt und für unsere Landesverteidigung kämpft, wehrt man sich gegen jeden Angriff, sei er offen oder versteckt, auf diese Armee. Das hat nichts mit Angst vor dem Volk zu tun, denn dieses Volk hat die Kompetenzen in diesen Fragen dem Parlament abgetreten, sicher wohlwissend, was es damit getan hat.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis wir über die Abschaffung unserer Armee abzustimmen haben. Dort geht es dann um den offenliegenden Grundsatzentscheid. Trotzdem eine solche Initiative ein trauriges Faktum darstellt, schätze ich sie mehr als die Initiative für das Rüstungsreferendum, weil sie das Kind offen beim Namen nennt.

Die Initiative für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben ist gefährlich, weil sie ihre wahre Absicht hinter schönen Worten verbirgt. Sie ist abzulehnen, weil sie offensichtlich auf die Schwächung unserer Armee ausgeht, indem sie die Rüstungsbeschaffung unter dem Vorwand

des Ausbaues demokratischer Rechte auf unerträgliche Art zu erschweren versucht. Wir treten ein für eine starke, planmässig und kontinuierlich ausgerüstete und auszurüstende Armee. Nur eine solche Armee kann die ihr übertragene Aufgabe erfüllen.

Ich empfehle Ihnen daher, die Volksinitiative abzulehnen.

Dr. J. Schönenberger